

Kritik an Polizeireform auf Kosten von Minderheiten in der Polizei

Pressemitteilung VelsPol-BW; 21.08.2015

In einem Interview des Schwarzwälder Boten vom 21.08.2015 kritisiert ein Mitglied im Landesvorstand der DPolG (Deutsche Polizeigewerkschaft/ Baden-Württemberg) erneut die Polizeireform der Landesregierung. Hierbei wird auch die Einrichtung von Ansprechpartnern für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) bei der Polizei kritisiert.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung wurde die Einrichtung von Ansprechpartnern für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) vereinbart. Die Landesregierung zieht mit der Benennung von Ansprechpersonen bei den Polizeipräsidien, mit anderen Polizeien der Länder und der Bundespolizei nach.

Diese Aufgabe, die in nebenamtlicher Funktion ohne Entlastung wahrgenommen wird, nun in eine Verbindung mit der durch die DPolG vielfach kritisierte Polizeireform zu bringen ist ein Schlag in die Gesichter von Beschäftigten mit anderer sexueller Orientierung in der Polizei des Landes, so der Bundes- und Landesvorsitzende von VelsPol – BW (Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg).

Vielfalt in jeglicher Richtung und Offenheit in der Polizei ist ein Pfund mit dem sich die Polizei in den nächsten Jahren Nachwuchs sichern kann, dies ist wohl an der Gewerkschaft vorbei gegangen. Zudem sprechen wir von einer Größe von bis zu zehn Prozent der derzeit bei der Polizei beschäftigten LSBTTI-Menschen, so Ulmer weiter.

